

sich jetzt gestellt haben.

Wenigstens einige dieser Mängel wurden offenbar auch von dem stellvertretenden Leiter der Dienststelle Pommersfelden Dr. Otto Meyer empfunden, der nach Verhandlungen mit den beteiligten Persönlichkeiten und Amtsstellen unter dem 18. 1. 1946 ein eigenes "Memorandum über die Zukunft der Monumenta Germaniae Historica" vorlegte. Seine Ansicht ging dahin, daß die MG künftig "als eine Art Institut eines kommenden Deutschen Bundes zu denken" sein würden, das "unter Bundespatronat, aber unter bayerischer Führung und Verwaltung" stehen solle. Dementsprechend wollte er die finanziellen Lasten von Anfang an auf sämtliche bereits konstituierte oder sich noch konstituierende Länder gleichviel welcher Zone verteilt wissen, so daß jedenfalls der endgültige Haushalt auf einer Art von Matrikularbeiträgen der Bundesländer beruhen sollte. Dieser Gedanke war an sich wohl sinnvoll und richtig, trug aber angesichts der tatsächlich bestehenden Verhältnisse, bei denen die Länder zum Teil noch nicht einmal einen ungehinderten Schriftverkehr mit einander unterhalten konnten und das Fernziel eines föderativen Zusammenschlusses von Gesamtdeutschland noch völlig von den Wolken der zukünftigen Entwicklung verhüllt war, einen reichlich utopischen Charakter. Meyer dachte daher an ein etappenweises Vorgehen, wobei zunächst der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone eingeschaltet werden sollte. Auszugehen hätten die Vorschläge an die einzelnen Länder von "der bayerischen Staatsregierung in Gemeinschaft mit dem Institut"; von den Akademien hieß es lediglich, daß sie auf dem Wege über das Kartell zu einer nicht näher definierten Unterstützung der Aktion aufgerufen werden sollten. Die führende Rolle der bayerischen Staatsregierung war damit motiviert, daß Bayern - zum einen später üblich gewordenen Terminus zu verwenden - als "Sitzland" des Instituts an seinem Haushalt den Hauptanteil zu übernehmen haben werde. Denn die Verlegung nach München stand für Meyer ohne weiteres fest und er verlangte sogar, daß "in einem kommenden Statut die ausdrückliche Festlegung des zentralen Sitzes des Instituts in München erfolgen" solle. Doch dürfe dadurch die Existenz von Nebenstellen nicht ausgeschlossen werden, und auf diese Weise sollte dann auch die "Reststelle Berlin" im Gefüge des Ganzen ihren Platz finden. Schließlich verkannte das Programm auch nicht die Notwendigkeit gewisser Reformen im inneren Aufbau des Instituts und bezeichnete als zweckmäßig vor allem die Neuerrichtung einer Zentraldirektion und die Berufung von Abteilungsleitern, ähnlich wie Th. Mayer sich schon früher im gleichen Sinne wenigstens theoretisch geäußert hatte.

Es war bedauerlich, daß O. Meyer die Berliner Stellen, wie das den bei seinem Besuch getroffenen Vereinbarungen zumindest dem Sinne nach entsprochen hätte, nicht fortlaufend unterrichtete und sich in keiner Weise darum bemühte, mit ihnen zu einer einheitlichen Linie zu gelangen. Denn in mancher Hinsicht